

14.12.2018

Entschließungsantrag

der Fraktion der AfD

zum Antrag der Fraktion der SPD
Strukturwandel im Rheinischen Revier konkret machen (Drucksache 17/4117)

Rheinisches Revier stärken und Wachstum generieren – Arbeitsplätze sichern und Versorgungssicherheit gewährleisten

I. Ausgangslage

Das Rheinische Braunkohlerevier als größtes Braunkohleabbaugebiet in Europa, deckt rund 40% des Strombedarfes allein in Nordrhein-Westfalen. Zehntausende Arbeitnehmer und Gewerbetreibende, Freiberufler, Unternehmer und Beschäftigte im Dienst der verschiedensten Bereiche der öffentlichen Hand verdienen dabei im, am und im Umfeld des Tagebaus und der Braunkohlekraftwerken der Region ihren Lebensunterhalt und sichern – auch über NRW hinaus – die stabile Versorgung von privaten Haushalten, der öffentlichen Hand und der Wirtschaft mit Strom.

Das erfolgreiche Wirtschaftsmodell im Rheinischen Revier wird in den nächsten Jahrzehnten einem der sogenannten Energiewende geschuldeten, politisch verfolgten Strukturwandel unterworfen.

Die im Rheinischen Revier bestehende Kraftwerksstruktur mit den Tagebauen und ihren Wertschöpfungsketten und -zusammenhängen soll dabei nach dem Willen weiter Teile der politischen Entscheider, je nach politischer Ausrichtung mit unterschiedlichen Schwerpunkten, einer Gemengelage von nicht näher definierten sogenannten alternativen Energieerzeugungen, Forschungseinrichtungen, Infrastrukturmaßnahmen und diversen anderen Vorhaben und Maßnahmen weichen, von denen sich diese Treiber dieses Strukturwandels für die längerfristige Entwicklung eine gleich hohe, möglicherweise sogar höhere Beschäftigung, Wertschöpfung und Zukunftsfähigkeit der Region erhoffen.

Unabhängig von diversen Initiativen und Institutionen, die sich thematisch mit diesem Strukturwandel beschäftigen (bspw. Zukunftsagentur Rheinisches Revier), wurde zusätzlich zur Begleitung dieses Strukturwandels am 6. Juni 2018 von der deutschen Bundesregierung die Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (Kohlekommission) eingesetzt.

Datum des Originals: 13.12.2018/Ausgegeben: 14.12.2018

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Die Kommission wurde zunächst im am 11. November 2016 beschlossenen Klimaschutzplan 2050 erwähnt. Der Klimaschutzplan sieht an dieser Stelle ein Gremium vor, das „zur Unterstützung des Strukturwandels einen Instrumentenmix entwickelt, der wirtschaftliche Entwicklung, Strukturwandel, Sozialverträglichkeit und Klimaschutz zusammenbringt“.

Die Kommission sollte ihre Empfehlungen für Maßnahmen zur sozialen und strukturpolitischen Entwicklung der Braunkohleregionen sowie zu ihrer finanziellen Absicherung bereits Ende Oktober 2018 schriftlich vorlegen.

Nachdem dies – aufgrund der kurzen Fristigkeit absehbar – der Kommission nicht gelungen war, soll deren Abschlussbericht nun am 01. Februar 2019 der Bundesregierung übergeben werden. Der Bericht soll einen Vorschlag für den Kohleausstieg erarbeiten, insbesondere soll ein Enddatum festgelegt werden, bis wann der Kohleausstieg abgeschlossen sein soll und zugleich soll die Kommission Maßnahmen aufzeigen, mit denen die derzeitige noch vorhandene Lücke bis zum Klimaziel 2050 möglichst gering gehalten werden kann. Dabei ignoriert die Kommission die marktwirtschaftlichen Instrumente des EU-weiten CO₂-Zertifikatehandels und konterkariert diese marktwirtschaftlichen Instrumente mit planwirtschaftlichen Überlegungen wie dem Eingreifen in die Abbaupläne im Rheinischen Braunkohlerevier.

Allen diesbezüglichen Gremien und Handlungskreisen ist gemeinsam, einem mit der Abkehr von der Braunkohleverstromung zu erwartenden Strukturbruch – der nichts anderes als ein wirtschaftlicher Niedergang wäre – entgegen zu arbeiten und der Region mit ihren Bürgern eine Zukunft in weiter anhaltendem Wohlstand bei bester Beschäftigungslage und einem erquicklichem Maß an Daseinsfürsorge zu gewährleisten. Dabei wird vernachlässigt, dass gerade der Tagebau in Zusammenwirken mit der Stromerzeugung extrem hohe Beschäftigungswirkungen pro erzeugter GWh entfaltet hat.

II. Beschlussfassung

Der Landtag stellt fest

- Das Rheinische Revier ist eine Region mit hoher Wertschöpfung, die es unter allen Umständen zu erhalten und weiter zu entwickeln gilt.
- Allen Bürgern und Akteuren im Rheinischen Revier gilt Dank für Ihren jahrzehntelangen Fleiß, Mut und Ideenreichtum, die Voraussetzungen für die Entwicklung einer prosperierenden Region waren und bleiben werden.
- Das Rheinische Revier war in den letzten Jahren mit im Vergleich zum Landesdurchschnitt (gemessen in €/Einwohner) geringeren GFG-Zuweisungen bedacht, die den sich schon in früheren Jahren abzeichnenden, politischen Entscheidungen folgenden, Strukturwandel bei besserer Ausstattung hätte erleichtern können.
- Voraussetzung einer langfristigen, stabilen Versorgungssicherheit können nur fossile Energieträger sein, weil allein diese geeignet sind, steuerbar kurzfristig notwendigen Strom zu generieren bzw. steuerbar Leistung zu reduzieren.
- Die Schaffung dauerhaft subventionierter Arbeitsplätze ist keine Lösung für das Rheinische Revier.

- Ein frühzeitiger Ausstieg aus der Braunkohleförderung vernichtet nachhaltig Wohlstand aus den direkten, indirekten und induzierten Arbeitsplätzen Die Stromerzeugung aus sogenannten "erneuerbaren Energien" sowie sogenannte Klimaschutzprojekte bieten wenig direkte, indirekte und induzierte Arbeitsplätze.
- Der Erhalt möglichst vieler Arbeitsplätze im Braunkohle-Sektor bietet – neben flankierenden Maßnahmen – die optimale Lösung für das Rheinische Revier.

Der Landtag beauftragt die Landesregierung

- allen geforderten, beschleunigten Ausstiegspfaden eine Absage zu erteilen, insbesondere kein festes Ausstiegsdatum zu akzeptieren.
- sich für den Erhalt eines jeden Arbeitsplatzes im Braunkohlerevier einzusetzen.
- die aktuelle, stabil bestehende Versorgungssicherheit mit durch Braunkohle erzeugten Strom für die Zukunft unabhängig vom dann gewählten Energieträger zu garantieren.
- sich zur Entlastung des wertschaffenden, produzierenden Gewerbes und zur Bekämpfung von Energiearmut bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, Maßnahmen für eine Reduktion des Strompreises zu finden und umzusetzen.

Markus Wagner
Andreas Keith
Iris Dworeck-Danielowski
Christian Loose

und Fraktion